

Spielberger Nachrichten

Nummer 36, April 2018. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



Keine Lustbarkeitsabgabe für Rolling Stones Konzert Gemeindeverantwortliche verzichten auf viel Geld



Im September des Vorjahres waren die Rolling Stones in Spielberg. Für derartige Veranstaltungen muss eine Lustbarkeitsabgabe bezahlt werden. Diese Steuer ist an die Gemeinde zu entrichten. Der gültige Satz in Spielberg sind fünf Prozent des Eintrittspreises. Unsere Gemeinde hat im Fall des Rolling Stones Konzerts einen gesetzlichen Anspruch auf mehrere hunderttausend Euro. Im Stadtrat wurde beschlossen auf die Lustbarkeitsabgabe zu verzichten. Ein nettes Steuergeschenk an den Veranstalter.

Bereits Monate vor dem Konzert haben wir nachgefragt, wie die Frage der Lustbarkeitsabgabe abgehandelt werden wird. Denn die Lustbarkeitsabgabe ist in Spielberg ein oft diskutiertes Thema. Mit dem Projekt Spielberg hat die Gemeinde eine Vereinbarung abgeschlossen: Egal wie viele Veranstaltungen es gibt, die Abgabe wird in Form eines Pauschalbetrags bezahlt. Damit waren wir nie einverstanden. Die Vereinbarung wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

Beim Rolling Stones-Konzert war nicht das Projekt Spielberg der Veranstalter. Das Konzert wurde von einer anderen Veranstaltungsfirma durchgeführt. Deshalb kommt auch die Pauschalvereinbarung nicht zum Tragen. Die Gemeinde hat gemäß ihrer eigenen Lustbarkeitsabgabenverordnung Anspruch auf die Abgabe.

Nach dem Konzert haben wir uns im Prüfungsausschuss und im Gemeinderat wieder nach der Bezahlung der Lustbarkeitsabgabe erkundigt. Der Bürgermeister erklärte, nachdem der Veranstalter keine Steuererklärung abgegeben habe, hätte die Gemeinde nun diesen angeschrieben und eine Erklärung eingemahnt.

Demnach müsste entweder im Budget für das Jahr 2018, oder im Rechnungsabschluss des Jahres 2017 beim Posten Lustbarkeitsabgabe ein namhafter zusätzlicher Betrag aufscheinen. Dort ist aber nichts davon zu finden. Wir haben uns deshalb in der letzten Gemeinderatssitzung nochmals erkundigt.

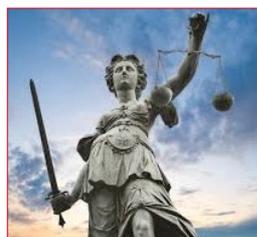
Keine Lustbarkeitsabgabe geflossen
Tatsache ist, dass es für das Rolling Stones Konzert zu keiner Zahlung von Lustbarkeitsabgabe gekommen ist, und dies auch in Zukunft nicht der Fall sein wird. Der Bürgermeister berichtete, die Angelegenheit sei im Stadtrat abgehandelt worden. Alles sei rechtskon-

form, der Prüfungsausschuss könne den Vorgang gerne prüfen.

Die Sitzungen des Stadtrates und des Prüfungsausschusses sind vertraulich. Offensichtlich hat der Stadtrat beschlossen auf die Lustbarkeitsabgabe zu verzichten. Das könnte so abgelaufen sein, dass der Veranstalter ein „Nachsichtsansuchen“ gestellt und der Stadtrat dann beschlossen hat diesem Ansuchen zuzustimmen.

Nach unserer Anfrage gab es eine Diskussion im Gemeinderat. SPÖ, ÖVP und FPÖ verteidigten diesen Verzicht auf bedeutende Steuereinnahmen. Von der FPÖ kam sogar die Anfrage, ob nicht alle Konzerte unter dem Mantel des Projektes Spielberg abgehalten werden sollten. Damit bräuchte dann jeder Veranstalter die Lustbarkeitsabgabe nicht bezahlen. Die FPÖ entwickelt sich also nicht nur in der Bundesregierung, sondern auch im Gemeinderat zur Partei der Wirtschaft. Die „kleinen Leute“ sollen brav ihre Steuern bezahlen, für Wirtschaftstreibende findet man Lösungen zur Steuerflucht.

Wo bleibt die Steuergerechtigkeit?



Wir finden diesen Verzicht auf die Lustbarkeitsabgabe empörend. Die Gemeinde ist weder finanziell in der Lage auf ihr zustehende Einnahmen zu verzichten, noch ist ein solcher Verzicht in Hinblick auf die Steuergerechtigkeit gegenüber den „normalen“ GemeindebürgerInnen gerechtfertigt. Die „Großen“ können es sich richten, die „Kleinen“ werden stets zur Kasse gebeten.

Weil i a Fleckerlteppich bin...



An diesen bereits älteren Austropopsong fühlt man sich bei einigen Spielberger Straßen erinnert. Besonders Teile des Birkachweges sind sehr desolat. KPÖ-GR Erich Wilding hat das im Gemeinderat angesprochen.

Bei Redaktionsschluss unserer Zeitung wurde mit einigen Sanierungen begonnen. Aber die vielen Teilreparaturen lösen das Problem nur kurzfristig. Der Bürgermeister antwortete, für heuer gehe sich eine Gesamtanierung nicht mehr aus, sie sei aber für 2019 geplant.

Spielberg ist eine großflächige Gemeinde. Dementsprechend aufwendig und kostspielig ist es, das Straßennetz in Ordnung zu halten. Hier wären die Einnahmen aus der Lustbarkeitsabgabe des Rolling Stones Konzerts sehr nützlich gewesen.

Projekt Tankstelle:

Noch keine Unterlagen eingereicht

Bereits im Dezember hätte der Gemeinderat die Auflage der Unterlagen zur Bebauungsplanänderung und zur Flächenwidmungsplanänderung für den „Handels- und Gewerbepark Spielberg“ zur öffentlichen Einsicht beschließen sollen.

Dabei handelt es sich um die Projekte, wie z.B. eine Tankstelle, die neben der Autobahn geplant sind. Nachdem die Unterlagen nicht vollständig waren, mussten diese Tagesordnungspunkte abgesetzt werden.

Inzwischen wurden auf dem Gelände bereits massive Erdbewegungen durchgeführt. Auf Grund einer Anzeige musste aber ein teilweiser Baustopp verhängt werden. Die KPÖ hat nachgefragt wie es nun weitergehe. Der Bürgermeister erklärte, derzeit seien vom Projektwerber noch keine Unterlagen eingereicht worden.

Rettungshubschrauberlandeplatz: Entscheidung noch offen

Das Land Steiermark plant einen dritten Rettungshubschrauberstützpunkt in der Obersteiermark zu errichten. Auch das Gelände neben der Autobahn in Spielberg ist als möglicher Standort im Gespräch.

Natürlich ist die KPÖ nicht gegen einen zusätzlichen Rettungshubschrauberstützpunkt. Die Frage ist, wo er errichtet wird. Der Start und die Landung von Hubschraubern ist sehr lärmintensiv. Natürlich ist auch mit Einsätzen in der Nacht zu rechnen.

Ein Rettungshubschrauberstützpunkt braucht keine Umweltverträglichkeitsprüfung, wenn die Flüge zu mehr als der Hälfte von Rettungshubschraubern ausgeführt werden. Das bedeutet umgekehrt aber auch, dass der Standort auch von anderen Hubschraubern genutzt werden kann.

Der diskutierte Standort neben der Autobahn liegt in der Nähe von Wohnsiedlungen. Deshalb haben wir beim Bürgermeister deponiert, dass wir diesen Platz für nicht geeignet halten. Wir haben auch in der letzten Gemeinderatssitzung nachgefragt.

Der Bürgermeister antwortete, derzeit laufe das Ausschreibungsverfahren des Landes. Das Land suche einen Standort in der Mur-Mürzfurche. Derzeit sei noch nichts konkret.

Wechsel im Gemeinderat



Sabine Bauer



Petra Lorberau

Sabine Bauer hat ihre Funktion als KPÖ-Gemeinderätin aus beruflichen Gründen zurückgelegt. Wir bedanken uns bei ihr für ihre Kandidatur und Mitarbeit. Als Nachfolgerin wurde nun Petra Lorberau in der letzten Gemeinderatssitzung als Gemeinderätin angelobt.

Die Termine der nächsten Gemeinderatssitzungen:

Donnerstag, 28.06.2018, 18.30 Uhr

Donnerstag, 20.09.2018, 18.30 Uhr

Donnerstag, 13.12.2018, 18.30 Uhr

Gemeinderatssitzungen sind für Interessierte öffentlich zugänglich

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Zum Steuerverzicht beim Rolling Stones Konzert

Die Gemeindeverantwortlichen haben entschieden, auf mehrere hunderttausend Euro an Steuereinnahmen aus dem Rolling Stones Konzert zu verzichten. Diese Entscheidung wurde nicht transparent mit dem Gemeinderat diskutiert, sondern im vertraulichen Stadtrat getroffen. Hätte die KPÖ nicht mehrere Anfragen gestellt, hätten die SpielbergerInnen wahrscheinlich nicht einmal davon erfahren.

Nachdem SPÖ, ÖVP und FPÖ die Entscheidung verteidigt haben, vermuten wir, dass der Steuerverzicht von diesen Parteien im Stadtrat einstimmig beschlossen wurde. Steuerangelegenheiten sind vertraulich zu behandeln, alles sei rechtens abgelaufen, erklärte der Bürgermeister.

Uns geht es nicht darum, einzelne Verfahrensdetails zu erfahren. Ob die Lustbarkeitsabgabe geflossen ist, ist ohnehin im öffentlich zugänglichen Rechnungsabschluss nachzulesen. Es mag stimmen, dass der Ablauf rechtlich korrekt war. Aber die Entscheidung auf die Einhebung einer Lustbarkeitsabgabe zu verzichten - noch dazu bei dieser Summe - ist eine wichtige Grundsatzfrage, die auch den Gemeinderat und die SpielbergerInnen etwas angeht.

Denn schließlich hätte die Gemeinde das Geld gut im Gemeindehaushalt gebrauchen können. Damit hätte einiges für die SpielbergerInnen getan werden können. Die Entscheidung mag rechtlich korrekt sein, aber ob sie auch moralisch richtig ist, steht auf einem anderen Blatt.

Das Wort „Steuern“ beinhaltet, dass man durch verschiedene Maßnahmen „steuern“ will wohin sich eine Gesellschaft entwickelt. In einer solidarischen Gesellschaft werden auf Vermögen, Unternehmensgewinne, Spekulationsgewinne oder Großveranstaltungen Steuern eingehoben um Geld für die Bedürfnisse der Gesellschaft (Krankenversorgung, Bildung, Verkehrswege...) zur Verfügung zu haben.

Wenn diese Art der Besteuerung zurückgefahren wird, dann kommt das Geld immer mehr aus den Massensteuern (Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, Mi-

neralölsteuer...). Die breite Masse der Bevölkerung wird immer mehr zur Kasse gebeten.

Wenn nun die Gemeinde bei einem Großveranstalter auf Steuereinnahmen verzichtet, ist das ein Schlag gegen die Steuergerechtigkeit. Warum wird eine Lustbarkeitsabgabenordnung beschlossen, wenn man dann auf die daraus zustehenden Einnahmen verzichtet? Bei „normalen“ GemeindebürgerInnen werden Gemeindeabgaben wie Wasser, Kanal oder Müllabfuhr regelmäßig eingehoben. Probieren Sie einmal, wie weit sie bei der Gemeinde mit einem „Nachsichtsantrag“ kommen.

Vor kurzem wurden die Wassergebühren erhöht. Unter anderem wurde damit argumentiert, man sei gezwungen die Tarife anzuheben, denn das Land schreibe die Einhebung von kostendeckenden Tarifen vor. Ansonsten gäbe es keine Landesförderungen. Bei den GemeindebürgerInnen sorgt man also auch durch die Androhung von Förderstopps dafür, dass die Gebühren in voller Höhe eingehoben werden. Dass einem Großveranstalter die gesetzlich vorgeschriebene Lustbarkeitsabgabe erlassen wird ist offensichtlich kein Problem. Steuergerechtigkeit sieht für uns anders aus, meint...

... Ihr KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



Große Preisunterschiede bei Angeboten

Der Bauauftrag für den Geh- und Radweg Flatschach-Rattenberg wurde an die Firma Granit vergeben. Für diesen Auftrag wurden von verschiedenen Firmen folgende Angebote abgegeben:

Granit BaugmbH, Graz	341.040,11
Swietelsky BaugmbH, Graz	416.673,50
Porr BaugmbH, Knittelfeld	421.456,36
Kostmann GmbH, St. Andrä	471.560,66
Leithäusl GmbH, Judenburg	472.751,24
Strabag AG, Kindberg	574.781,87
Hitthaller+Trixl BaugesmbH, Leoben	576.161,83
HTL-BaugmbH, Lebring	590.728,27

Obwohl die Firmen für zwei ganz konkrete Projekte angeboten haben, liegen zwischen den einzelnen Angebotssummen gewaltige Unterschiede. Bei einem Angebot ist die Firma Granit Bestbieter, beim nächsten Projekt am Schluss der Anbieterliste. Uns stimmen diese gewaltigen Preisdifferenzen nachdenklich.

Der Bauauftrag für Straßenbauarbeiten in einem Teilbereich der Straße „An der Ingering“, der Volksschulstraße und der Rosenzeile wurde an die Firma Strabag vergeben. Für diesen Auftrag wurden von Firmen folgende Angebote abgegeben:

Strabag AG, Kindberg	345.123,78
Kostmann GmbH, St. Andrä	391.114,01
Hitthaller+Trixl BaugesmbH, Leoben	406.753,74
Leithäusl GmbH, Judenburg	411.808,45
Swietelsky BaugmbH, Graz	413.932,88
Porr BaugmbH, Knittelfeld	418.079,04
Granit BaugmbH, Graz	476.266,90

Der Rechnungsabschluss für 2017

Einnahmen und Ausgaben, gerundet			
Ordentlicher Haushalt		Außerordentlicher Haushalt	
Einnahmen	11,42Mio.	Einnahmen	2,69 Mio.
Ausgaben	10,92 Mio.	Ausgaben	2,94 Mio.
Überschuss	0,50 Mio	Abgang	0,25 Mio.

Auf den ersten Blick sieht das Ergebnis des Rechnungsabschlusses 2017 positiv aus. Im Ordentlichen Haushalt gibt es einen Überschuss von rund 500.000 Euro. Außerdem konnten vom ordentlichen Haushalt für Projekte des außerordentlichen Haushaltes rund 248.000 Euro zugeführt werden.

Die größten Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes waren verschiedene Straßen- Wasser- und Kanalbauten, die Errichtung von Photovoltaikanlagen sowie der Bau des „Hauses der Musik“.

Sieht man genauer hin zeigt sich, dass der Überschuss im ordentlichen Haushalt auch daher kommt, dass die Bezahlung der Ertragsanteile umgestellt wurde. Dadurch hat die Gemeinde im Jahr 2017 13 Monatsraten erhalten. So sind um rund 270.000 Euro mehr Finanzmittel vom Bund eingelangt als erwartet.

Leider ist die Verschuldung unserer Gemeinde wieder um rund 320.000 Euro gestiegen. Am Beginn des Finanzjahres 2017 betrug der Schuldenstand der Gemeinde rund 11,51 Mio. Euro. Im Jahresverlauf wurden mehr Darlehen aufgenommen als getilgt wurden. Somit betragen die Darlehensschulden zu Jahresende rund 11,83 Mio. Euro.

Besonders aufgefallen ist uns, dass im wichtigen Kapitel 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“ um fast 127.000 Euro weniger ausgegeben wurden als veranschlagt. Das ist eine bedeutende Summe. Der Bürgermeister berichtete, dass sich dieser Rückgang teilweise dadurch erkläre, dass einige Vorhaben in den außerordentlichen Haushalt verschoben

wurden. Außerdem stehe die Generalsanierung einiger Schulen an und deshalb seien einige Instandhaltungen nicht umgesetzt worden. Das ist natürlich nachvollziehbar. Aber Bildung bedeutet Zukunft, wir sind der Meinung, statt freiwerdende Beträge einfach einzusparen, hätte das Geld für andere Vorhaben im Bildungsbereich eingesetzt werden sollen.

Die Ausgaben für den Sozialhilfeverband steigen ständig. Rund 1,6 Millionen Euro musste die Gemeinde im Vorjahr bezahlen. Das ist fast genau derselbe Betrag, den die Gemeinde aus dem Titel „Kommunalabgabe“ einnimmt. Die Kommunalabgabe ist eine der wesentlichsten Einnahmen der Gemeinde. Diese Einnahmen werden durch die hohe Sozialhilfeabgabe wieder aufgezehrt. Es ist dringend nötig, dass der Bund mehr für die Pflege bezahlt um die Gemeindebudgets zu entlasten.

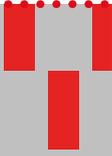
Auch mit der Entwicklung der Landesumlage kann man nicht zufrieden sein. Gemeinden müssen eine „Landesumlage“ an das Land bezahlen. Spielberg musste 2017 rund 441.000 Euro an das Land abliefern, um rund 54.000 Euro mehr als im Budget vorgesehen.

Wie in unserer Zeitung ausführlich dargelegt, hat die Gemeinde auf die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe für das Rolling Stones Konzert verzichtet. Das halten wir auch angesichts der nicht gerade rosigen finanziellen Situation unserer Gemeinde für völlig falsch. Das war auch ein wesentlicher Grund, warum die KPÖ den Rechnungsabschluss 2017 abgelehnt hat. Er wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

8. März - Internationaler Frauentag Für Frieden und Gleichberechtigung



Auch heuer verteilte die KPÖ unter dem Motto „Für Frieden und Gleichberechtigung“ wieder Nelken zum Internationalen Frauentag. Damit will die KPÖ an die Durchsetzung der Frauenrechte erinnern. Heuer wurde die Verteilaktion mit der Aufforderung verknüpft das Frauenvolksbegehren zu unterstützen.



Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof
Kirchengasse 6
Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. Für den Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Gutenberghaus, Knittelfeld.

Generalsanierungen



In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der einstimmige Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Neuen Mittelschule Spielberg, der Volksschule Maßweg und des Kindergartens Maßweg gefasst.

Die NMS Spielberg und die VS Maßweg sollen generalsaniert und erweitert werden. Beim Kindergarten ist möglicherweise an einen Neubau inklusive Kinderkrippe, sowie die Zusammenführung der Standorte Maßweg und „An der Ingering“ gedacht. Die Kosten für die drei Projekte werden auf rund acht Millionen Euro geschätzt. Grundvoraussetzung der Umsetzung ist eine 50-prozentige Förderung von Bund und Land. Die Bauten sollen 2019 und 2020 umgesetzt werden.

Für die KPÖ erklärte GR Erich Wilding, dass die Umsetzung des Kindergartenprojektes mit der Kinderkrippe ganz hohe Priorität haben sollte. Denn in Spielberg gibt es viele Jungfamilien und eine solche Einrichtung ist ganz wichtig, um Beruf und Kinderbetreuung vereinbaren zu können. Außerdem sollte die Beheizung aller Objekte durch alternative Energieträger erfolgen. Weiters, sollte man auch überlegen, ob es nicht möglich ist ein einheitliches Bildungszentrum zu schaffen, dass nicht durch eine Straße getrennt ist.

Die Gemeinde Zeltweg hat bei ihrer Schulsanierung die Zusage einer 60-prozentigen Förderung von Bund und Land erhalten. Wir meinen, diese Förderquote müsste auch für Spielberg gelten.

ÖVP und FPÖ gegen Frauenvolksbegehren

Vor mehr als 20 Jahren unterzeichneten fast 645.000 ÖsterreicherInnen das Frauenvolksbegehren. Trotz dieser breiten Unterstützung fällt die Bilanz der Umsetzung mager aus. Deshalb wurde 2018 unter dem Titel „Frauenvolksbegehren 2.0“ eine Neuauflage gestartet.

Wir haben den Antrag gestellt, der Spielberger Gemeinderat solle sich für eine Unterstützung des Frauenvolksbegehrens aussprechen und das Volksbegehren durch einen Bericht in der der Spielberger Gemeindezeitung unterstützen.

Unser Antrag wurde von FPÖ und ÖVP abgelehnt und mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ beschlossen. ÖVP und FPÖ argumentierten, sie könnten nicht alle Inhalte teilen. Das Frauenvolksbegehren enthält viele wichtige gesellschaftspolitische Forderungen, wie z.B. die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung oder gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Es ist wichtig das Frauenvolksbegehren zu unterstützen, weil damit eine Diskussion darüber angestoßen wird, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickeln soll.

Die Forderung nach gleicher Bezahlung von Männern und Frauen ist auch für Männer und für Familien wichtig. Eine Studie der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers hat errechnet, dass die Frauen in Österreich um fast 20 Milliarden Euro mehr in der Geldtasche hätten, würde es gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben. Mehr Lohngerechtigkeit würde also auch das Familieneinkommen anheben. Es geht darum ein Projekt zu unterstützen, dass mehr Gleichheit und soziale Gerechtigkeit einfordert – und das ist im Interesse von Frauen und von Männern!

Unsere Internetadresse:
www.kpoe-steiermark.at



Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

KPÖ-Parteiheim, Knittelfeld, Friedensstraße 10, ab 17.00 Uhr

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

- Über Probleme in der Gemeinde oder Verbesserungsvorschläge
- Über unsere Gemeindezeitung
- Über andere Fragen und Probleme

Einzusenden an: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10
8720 Knittelfeld, oder per Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

Unter allen Einsendungen verlosen wir zwei Bücher „Illegale Kriege“ des Schweizer Friedensforschers Dr. Daniele Ganser.

KPÖ-Sozialfonds 2017



KPÖ-Stadträtin Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und DSA Karin Gruber.

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.

Seit die KPÖ im Landtag ist, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Renate Pacher: „Es gibt diese Einkommensgrenze von 2.300 Euro für die KPÖ-MandatarInnen, denn wir sind der Meinung, PolitikerInnen sollen sich mit ihrem Einkommen nicht von ihren WählerInnen abheben. Denn wie sollen sie mit riesigen Gehältern die Sorgen und Nöte der Menschen nachvollziehen können?“

Rückschläge und einige Erfolge

Der KPÖ-Sozialfonds ist oft nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. In den letzten Jahrzehnten hat sich die soziale Lage verschlechtert. Löhne, Gehälter und Pensionen sind gesunken und viele Sozialleistungen wurden verschlechtert. Dagegen versuchen wir einen zähen Abwehrkampf zu führen. Durch Hartnäckigkeit gelingt es manchmal Erfolg zu haben.

Verbesserungen bei Wohnunterstützung

Im Jahr 2016 wurde die Wohnbeihilfe von der sogenannten „Wohnunterstützung“ abgelöst. Das brachte für fast alle BeihilfenbezieherInnen Verschlechterungen. Die KPÖ hat von Beginn an dagegen protestiert, eine Demonstration organisiert und tausende von Unterschriften gesammelt. Durch diesen Druck konnten einige Verbesserungen durchgesetzt werden.

Für die Berechnung der Wohnunterstützung wurde 2016 erstmals die Kinderbeihilfe als Einkommen herangezogen. Das war ein sozialpolitischer Tabubruch, denn dieses Geld ist für die Kinder gedacht. Von dieser Verschlechter-

KPÖ-Sozialfonds 2017

Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2016	69,36 Euro
Einzahlungen 2017	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 Euro
Summe	4.749,36 Euro

Ausgaben:

Für 128 Unterstützungsfälle:	4.715,00 Euro
Saldo: als Plus für 2018	34,36 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 1.909 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 112.117,87 Euro unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2017: 135.283,56 Euro für 1.192 Personen.
Seit 1998 wurden 134.749 Personen mit einer Gesamtsumme von 1.951.002,38 Euro unterstützt.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat.

ung waren alleinerziehende Mütter besonders betroffen. Nun wurde diese besonders unsoziale Maßnahme der ÖVP/SPÖ-Landesregierung per Gesetzesänderung repariert.

Kinderfreibetrag

Ab 1. Jänner wurden bei der Berechnung der Wohnunterstützung nun Freibeträge für Kinder eingeführt. Dadurch wird die Einrechnung der Kinderbeihilfe wieder abgefedert. Die laufende Reparatur der Wohnunterstützung zeigt, wie schlecht dieses Gesetz und wie wichtig Widerstand ist.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
 und DSA Karin Gruber

Freitag, 27. April

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
 Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
 Voranmeldung: 03512/ 82240

Steiermärkische
SPARKASSE 
 In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Syrien: Bomben bringen keinen Frieden!

Das allgemeine Gewaltverbot der UNO

„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Artikel 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen

Das oben zitierte „allgemeine Gewaltverbot der UNO“ ist gültiges Völkerrecht, zu dem sich alle UNO-Mitgliedsstaaten verpflichtet haben. Es ist also illegal und gegen das Völkerrecht ein anderes Land anzugreifen, zu bombardieren, dort fremde Truppen zu stationieren oder einen politischen Umsturz zu unterstützen oder vorzubereiten.

Zu diesem allgemeinen Gewaltverbot gibt es nur zwei Ausnahmen: Im Falle der Selbstverteidigung, wobei ein Angriff auf das eigene Territorium vorliegen muss, oder es gibt ein UNO-Mandat zu einem Angriff. Im Fall von Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen oder Syrien gab es kein solches UNO-Mandat. Diese Kriege waren/sind völkerrechtswidrige Angriffskriege.

Diese Tatsachen werden von unseren PolitikerInnen und in den Medien völlig unter den Tisch gekehrt. Das UNO-Gewaltverbot wurde und wird ignoriert und ausgehöhlt. Es wird so getan, als hätten einige Länder, allen voran die USA, das Recht andere Länder anzugreifen oder Regierungen zu stürzen. Das wird dann unter den Titel „Krieg gegen den Terror“ verkauft. In Wahrheit geht es um Wirtschaftsinteressen, um Einflussgebiete, Märkte und Rohstoffquellen.

Es wird auch so getan, als gehe es um die Sicherung von Menschenrechten und Demokratie. Eines der wesentlichsten Merkmale einer Demokratie ist die Rechtsstaatlichkeit. Zu dieser Rechtsstaatlichkeit gehört, dass eine Straftat bewiesen werden muss, bevor es zu einer Verurteilung und Bestrafung kommt. In Syrien ist weder geklärt, ob es einen Giftgasanschlag gab, noch - falls es einen gegeben hat - wer dafür verantwortlich ist.

Trotzdem haben die USA, Frankreich und Großbritannien Syrien ohne UNO-Mandat bombardiert. Ein Bruch des Völkerrechts und der Rechtsstaatlichkeit. Die Angriffskriege der USA mit Unterstützung einiger EU-Länder haben ganze Regionen in Chaos gestürzt. Millionen von Toten, unvorstellbare Zerstörung, Not, Flüchtlingsströme, Hass und Fanatismus sind die Folgen. In all den Regionen, in denen die USA, die NATO und die EU eingefallen sind, herrscht jetzt Gewalt, Anarchie und Elend.

Es ist höchste Zeit für Frieden, Abrüstung und die Einhaltung des



UNO-Gewaltverbotes die Stimme zu erheben. Die jetzigen Entwicklungen könnten sich zu einem Weltenbrand ausweiten. Wir leben mit dem Flughafen Zeltweg mitten in einer Militärregion. Es geht auch um unsere Zukunft.

Die Syrische Tragödie

Syrien war im Lauf seiner Geschichte oft Spielball fremder Mächte und Interessen. Die Region ist zum Teil wasserreich und fruchtbar, es gibt Öl und Syrien ist auch auf Grund seiner geostrategischen Lage bedeutend.

Noch bis vor einigen Jahren war Syrien ein aufstrebender Wirtschaftsraum. Die Regierung verfolgte einen eher neoliberalen Wirtschaftskurs mit einer Öffnung der Märkte für die Türkei und die EU. Das brachte einem Teil der Bevölkerung einen Aufschwung. Aber die ländliche Bevölkerung und die traditionellen Handwerksbetriebe, die mit den ausländischen Waren nicht konkurrieren konnten, verarmten.

Dann entschloss sich die syrische Regierung ein Freihandelsabkommen mit der EU, das unter anderem die Privatisierung des Wassers vorsah, doch nicht zu unterzeichnen. Außerdem entschied man sich eine Pipeline, an der Katar und der Westen interessiert sind, die aber Russland wirtschaftlich geschadet hätte, nicht zu bauen. Danach wurde alles anders.

Innere Unruhen, die sicher auch auf Grund vorhandener Missstände entstanden sind, wurden instrumentalisiert. EU, USA, die Türkei, Saudi Arabien, Katar und andere Staaten unterstützen die Opposition. Riesige Mengen an Waffen, Geldmittel und ausländische Kämpfer wurden in die Region geschleust. Das Ergebnis ist ein jahrelanger Bürgerkrieg, der längst zu einem „Stellvertreterkrieg“ geworden ist.

Die Regierung Assad ist die legitime, von der UNO anerkannte Regierung Syriens. Die Angriffe gegen Syrien sind gegen das Völkerrecht. Syrien ist eines der letzten säkularen Länder in der Region. Ein gewaltsamer Umsturz würde die ganze Region ins Chaos stürzen. Es ist allein die Sache des syrischen Volkes über seine Zukunft zu entscheiden. Wer das nicht respektiert und von außen interveniert riskiert einen Flächenbrand, der sich zu einem Weltkrieg ausweiten könnte.

Feindbild Russland: Wir brauchen Frieden und Völkerverständigung statt Aufrüstung und Kriegshetze!

Papst Franziskus hat gemahnt, wir würden uns schon jetzt in einer Art „Drittem Weltkrieg“ befinden. Die Rüstungsausgaben boomen, die Rüstungsindustrie macht „Bombengewinne“. Die Gefahr für den Weltfrieden ist groß.

Ängste und Unsicherheit werden geschürt, neue Feindbilder geschaffen, alte Feindbilder wiederbelebt. Von PolitikerInnen und Medien erschallt der Ruf „Wir sind die Guten“ und „Wir brauchen noch mehr Waffen“. So wird die Bevölkerung auf künftige Kriegsgänge vorbereitet. Die Angriffsrhetorik lässt befürchten, dass Iran und Russland als nächste Kriegsziele aufgebaut werden.

Feindbild Russland

Ohne Beweise wird Russland für den Anschlag auf einen Agenten verantwortlich gemacht. Diplomaten werden ausgewiesen, Sanktionen verhängt, ein Medienkrieg entfacht. Es wird so getan, als ginge von Russland eine Gefahr für den Weltfrieden aus. Die USA haben neue Sanktionen gegen Russland verhängt: Die Begründung für die Sanktionen: „Sie gründen sich auf das wachsende Muster bösartiger Aktivitäten Russlands in der Welt.“

Die geschichtlichen Tatsachen, zeichnen ein anderes Bild: Russland hat Europa noch nie angegriffen, wurde selbst aber zweimal überfallen. Die Sowjetunion hat ihre Truppen friedlich aus der DDR abgezogen und die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht. Dafür wurde das Versprechen gegeben, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnen wird. Dieses Versprechen wurde gebrochen.

Heute sind Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lett-

land, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien und Montenegro NATO-Mitglied. Die NATO, und damit die US-Militärstützpunkte, sind ganz nahe an Russland herangerückt.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion wurde der Warschauer Pakt aufgelöst. Die NATO blieb bestehen und hat zudem ihre Militärdoktrin vom einem Verteidigungsbündnis zu einem Bündnis, das auch Angriffskriege führt, umgeändert. 2002 wurde der wichtige ABM-Rüstungsbegrenzungsvertrag zwischen Russland und den USA von den USA einseitig gekündigt. In den letzten Jahrzehnten wurden von den USA und der NATO viele Kriege (Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien...) ohne UNO-Mandat als völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt.

Russland: Bedrohung für den Weltfrieden?

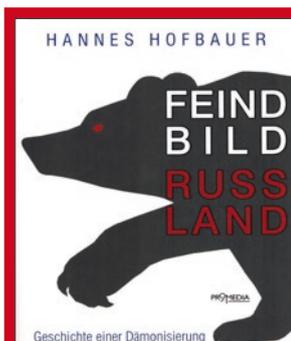
Laut Wikipedia unterhält die USA weltweit rund 1.000 Militärbasen, Russland betreibt 25. Die NATO besitzt 33 Flugzeug- und Hubschrauberträger, Russland einen. Laut Bericht des Schwedischen Friedensforschungsinstitutes betragen die Militärausgaben der USA im Jahr 2016 **611 Milliarden Dollar**. Die Ausgaben aller NATO-Staaten lagen bei rund **911 Milliarden Dollar**. Zum Vergleich: Die Ausgaben Russlands in der Höhe von **69,2 Milliarden Dollar** betragen knapp acht Prozent der Ausgaben der NATO-Staaten.



Ohne Frieden ist alles nichts - wir brauchen eine Friedensbewegung

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging der Aufschrei „Nie wieder Krieg“ um die Welt. Davon ist heute nicht mehr viel übrig. Zuerst werden Feindbilder aufgebaut, der politische Gegner dämonisiert und entmenschlicht. Gleichzeitig wird uns eingeredet, es ginge um den Schutz von Menschenrechten und Demokratie.

In Wahrheit werden Kriege vor allem aus wirtschaftlichen Interessen geführt. Wir brauchen Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und eine neue Friedensbewegung. Jeder und jede ist aufgefordert etwas dafür zu tun. Das ist eine Zukunftsfrage, denn kommt es zu einem militärischen Konflikt mit Russland, wird dieser auch in Europa ausgetragen werden.



Einladung zur Buchpräsentation und Diskussion
„Feindbild Russland“
mit Hannes Hofbauer, Historiker, Buchautor und Verleger
Dienstag, 29. Mai 2018
 „Neues Volkshaus“, Reselgasse 2,
 Knittelfeld, Beginn: 19.30 Uhr
 Wir laden Sie herzlich ein!

